



Notizbuch der Woche

Comeback der Top-Themen

Von Michael Hofmann

Der Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplans förderte eine Thematik zu Tage, die wir nach erschöpfender Erörterung Mitte vergangenen Jahres längst ad acta wählten: Doch beschert die Modifizierung des Planwerks den Windrad-Aposteln ein unerwartetes Comeback: Die Einhardstadt und ganz speziell ein Waldgebiet nahe dem Stadtteil Froschhausen haben beste Aussichten auf die Endrunde der aussichtsreichsten Windkraft-Standorte Hessens. Allein, Freude kam nur punktuell auf, viele andere sind, na sagen wir's mal unverblümt, stinksauer, weil die Verwaltung des Planungsverbands damit nicht nur gegen einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch gegen das Votum der Mehrheit von CDU und FWG in der Verbandsversammlung handelte. Obwohl nun auf dem Gelände, dem Vernehmen nach das größte zusammenhängende Hessens, womöglich 42 dieser unsäglichen Riesen-Propellerarme drohen, gibt's eigentlich wenig Grund zur Aufregung. Denn, um kurz zu rekapitulieren, diese Flächen sind in den Regierungsbezirken ja nur deshalb als „Vorranggebiete“ ausgewiesen, um zu verhindern, dass jeder X-Beliebige unkontrolliert im Außenbereich Windräder aufstellt. Das wäre möglich, weil der Ausbau der Windenergienutzung EU-, Staats- und Landesziel ist und vom Baugesetzbuch grundsätzlich „privilegiert“ wird, wenn keine öffentlichen Belange (Naturschutz) entgegenstehen. Doch jetzt kommt's: Weil im Falle Froschhausen die Stadt Besitzerin der rund 260 Hektar ist und sich kaum eine Mehrheit für eine Geländeverpachtung abzeichnen dürfte, scheint eine Windparkansiedlung so gut wie ausgeschlossen. Fachleute nennen das treffend „Verhinderungsplanung“, und wir bekommen einen Eindruck davon, an welchen Problemstellungen sich gutdotierte Ministerial- und andere Bürokraten offensichtlich tagtäglich abarbeiten. Zur Sicherheit sollte die Stadt vielleicht einen Lobbyisten einstellen und an geeigneter Stelle segenreich wirken lassen. Das macht man jetzt so, haben wir gehört.

Mit der Zustimmung des Kreisausschusses zum Neubau einer Grundschule an der Giselastraße sorgt dieser Tage ein zweites Top-Thema für weitere Schlagzeilen. 9,25 Millionen soll das Projekt kosten und zu einem großen Teil, 7,4 Millionen, durch die Veräußerung des Geländes finanziert werden, auf dem Don-Bosco- und Matthias-Grünwald-Schule stehen. Als erste Kritiker meldeten sich bereits die Liberalen. Wir dürfen nun gespannt sein, wie die anderen Parteien und die Bürgerschaft auf das Reizwort „dreizügig“ reagieren.